

Politische Verfolgung auf »Rechtswegen«

Erdichtete Anklagen und Gerichtsprozesse gegen ZivilistInnen

Mittels fabrizierter Anklagen und illegaler Verhaftungen versucht der philippinische Staat linke AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen zum Schweigen zu bringen.

Menschenrechte (nicht) für alle

»Wir werden die Rechte aller schützen, selbst derer, die gegen uns sind«, versprach der philippinische Präsident Benigno C. Aquino im Juli 2012. Ein willkommenes Versprechen, dass jedoch in scharfem Kontrast zu Statistiken über Menschenrechtsverletzungen und somit den Schicksalen von Opfern und ihren Angehörigen steht.

Seit Beginn von Aquinos Amtszeit im Jahre 2010, hat die Menschenrechtsallianz KARAPATAN 129 politisch motivierte Morde, zwölf Fälle von Verschwindenlassen und 239 illegale Verhaftungen mit Inhaftierung dokumentiert.

Unter den Opfern sind häufig diejenigen, die dem Staat kritisch gegenüberstehen und die Einhaltung sowie den Schutz fundamentaler Rechte fordern. Es sind politisch engagierte Menschen, die für gerechte Arbeitslöhne, für ihr Recht auf Land, gegen transnationale Konzerne und deren zerstörerischen Bergbauaktivitäten kämpfen oder für umfassende politische Veränderungen. Besonders betroffen sind vor allem AktivistInnen linksgerichteter politischer Parteien und Organisationen.

Dämonisierung von politischen AktivistInnen

Die politische Verfolgung von eben diesen AktivistInnen folgt einem sorgfältig etablierten Muster, in dem allenfalls der Modus und die Intensität der systematischen Verfolgung variieren. Vor dem Hintergrund bewaffneter Konflikte und einer umfangreichen militärischen Kampagne zur Aufstandsbekämpfung (Operation Bayanihan) dämonisieren staatliche AkteurInnen politische AktivistInnen als Staatsfeinde und kommunistische TerroristInnen. Kritische Nicht-Regierungsorganisationen und Kirchen werden als Frontorganisationen des kommunistischen Aufstandes gebrandmarkt.

Diese Rhetorik (Red-Baiting) schafft ein klares Feindbild und suggeriert eine Gefahrensituation, in der die nationale Sicherheit gleichsam von bewaffneten Guerillas sowie von friedlichen AktivistInnen bedroht wird.

Die Dämonisierung erlaubt es, AktivistInnen außerhalb der Legalität zu platzieren und eröffnet

dementsprechend einen rechtsfreien Raum zur Bekämpfung dieses »inneren Feindes«. Sowohl machtvolle Clans, als auch das Militär, die Polizei und nicht zuletzt die Justiz, bedienen sich als Teil des Herrschaftsapparates dieses rechtsfreien Raumes.

Oftmals bleibt es jedoch nicht bei verbalen Verleumdungen. Wer einmal zur Zielscheibe von Regierung und Militär geworden ist, hat verschiedene Formen physischer Verfolgungen zu fürchten. AktivistInnen werden verschleppt, illegal verhaftet, gefoltert, inhaftiert oder getötet.

Fabrizierte Anklagen, illegale Verhaftungen und Inhaftierungen sind daher als Teil von Verleumdungsstrategien im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zu verstehen. Sie sind ein klassisches Beispiel für ein strategisch rechtliches Vorgehen gegen öffentliche Partizipation (im Englischen *Strategic Legal Action Against Public Participation*, kurz SLAPP). Damit sind Rechtsstreitigkeiten und rechtliche Vergeltungsmaßnahmen gemeint, die vorwiegend von machtvollen (juristischen) Personen gegen finanziell schlechter gestellte KritikerInnen mit der Absicht angestrengt werden, diese durch einen lang anhaltenden und kostspieligen rechtlichen Prozess einzuschüchtern oder gar zum Schweigen zu bringen. Daher haben SLAPPs einen alarmierenden Effekt auf die öffentliche Beteiligung der Zivilgesellschaft und auf die Ausübung ziviler und politischer Rechte, wie der Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie blockieren die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen und sind nicht zuletzt Warnung für alle, denen Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit am Herzen liegen, sich nicht mit herrschaftskritischen Individuen oder Organisationen einzulassen.

von
Hannah Wolf

Die Autorin ist Diplom Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin, Sprecherin der Menschenrechtsinitiative Sumabay Tayo! Walking together – for Justice! (ST), Mitarbeiterin im Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP) und Vorstandsmitglied des philippinenbüros.

AktivistInnen werden schon häufig von der Polizei als »TerroristInnen« gebrandmarkt, wenn sie nur ihre Meinung in der Öffentlichkeit kundgeben.
Foto: Hannah Wolf



Statistiken von philippinischen Menschenrechtsorganisationen zufolge sind unter der Aquino Regierung bisher etwa 140 politische AktivistInnen Opfer von illegalen Verhaftungen und Inhaftierungen geworden. Berücksichtigt man die politischen Gefangenen der vorigen Amtszeiten, so sprechen Menschenrechtsorganisationen von 300 und 400 politischen Gefangenen¹, die über das gesamte philippinische Archipel verteilt in verschiedenen Gefängnissen inhaftiert sind.

Die illegale Verhaftung und Inhaftierung von Zara Alvarez

Eine von ihnen ist Zara Reboton Alvarez. Die linke politische Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin, wurde am 30. Oktober 2012 in ihrer Heimatstadt Cadiz City auf der Insel Negros, im Zentrum der Philippinen, verhaftet. Es war gegen 18 Uhr abends, als sie auf ein Motorradtaxi wartete und von etwa 30 Soldaten umzingelt wurde. Sie rief um Hilfe, doch die Soldaten warnten Umstehende nicht zu intervenieren. Später kam die Polizei der Stadt Cadiz hinzu und brachte Alvarez zur Polizeistation.

Erst während ihrer Verhaftung erfuhr Alvarez, dass sie bezichtigt wird, ein Mitglied der kommunistischen Neuen Volksarmee (*New Peoples Army*, NPA) zu sein und wegen Mordes an einem Leutnant der philippinischen Armee angeklagt ist, der am 7. März 2010 in einem Gefecht zwischen der philippinischen Armee und der Neuen Volksarmee ums Leben kam.

Bereits in ihrer Schulzeit ist die 31-jährige Alvarez zu einer bekannten Aktivistin geworden. Sie war Vorsitzende der linksgerichteten Jugendorganisation ANAK BAYAN-Negros, stellvertretende Generalsekretärin des linksgerichteten politischen Dachverbandes BAYAN-Negros sowie Kampagnen- und Bildungsreferentin der Menschenrechtsorganisation

KARAPATAN-Negros. Als alleinerziehende Mutter eines dreijährigen Kindes war sie zuletzt Mitarbeiterin der Allianz von MenschenrechtsverteidigerInnen in Nord Negros.

Mit ihr sind Dutzende andere angeklagt, viele von ihnen sind Mitglieder oder führende AktivistInnen von Menschenrechts- und politischen Organisationen.

Der Fall Alvarez ist beispielhaft für viele andere. Berichten der Nationalen Anwaltsvereinigung (*National Union of Peoples' Lawyers*, NUPL) zufolge, werden AktivistInnen häufig weder über die gegen sie vorliegende Anklage informiert, noch wird ihnen gewährt sich zu diesen zu äußern und sich entsprechend zu verteidigen.

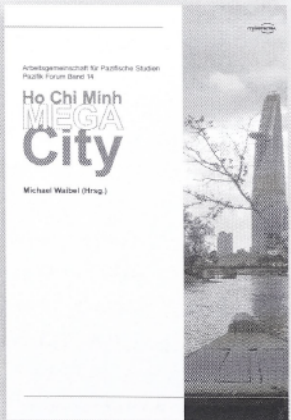
Die Anklageschriften enthalten »John/Jane Does«, sogenannte Platzhalternamen für fiktive oder nicht identifizierbare Personen. Auf diese Weise können fortwährend weitere Namen anstelle der »John Does« in der Anklageschrift ergänzt werden.

Bereits unter der Präsidentschaft Macapagal-Arroyos (2001–2010) nutzten Behörden auf »John Doe« gestützte Haftbefehle für willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen von AktivistInnen. In nur knapp vier Wochen (Dezember 2012 – Januar 2013) wurden in den Philippinen 28 AktivistInnen verhaftet, 21 von ihnen allein auf der Insel Negros. Als vermeintliche Mitglieder der NPA sollen sie Verbrechen (wie etwa Mord und Brandstiftung) begangen haben, für die grundsätzlich keine Entlassungen gegen Kautions vorgesehen sind.

Ein Fall von vielen

Ist der Haftbefehl – ordnungsgemäß oder fehlerhaft – ausgestellt, folgt die Verhaftung von AktivistInnen, wie Alvarez, oft ohne große Verzögerung. In anderen Fällen werden Verhaftungen auch ohne Haftbefehl vorgenommen, wie zum Beispiel im Fall Anecita Rojo, Aktivistin und Mitarbeiterin der katholischen

südostasien
im buch



Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien
Pazifik Forum Band 14

Ho Chi Minh MEGA City

herausgegeben von Michael Waibel
regiospectra • isbn 978-3-9401-3255-0 • ca. 290 seiten • € 19,90 (D)

Ho Chi Minh City hat sich jüngst zur ersten Megastadt Vietnams mit mehr als 10 Millionen Einwohnern entwickelt. Die pulsierende Wirtschaftsmetropole zieht in hohem Maße Zuwanderer aus ländlichen Gebieten an und ist zugleich Experimentierraum sowie Motor des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels. Innerhalb Vietnams ist hier der Wohlstand am größten und die Zahl konsumorientierter Mittel- und Oberschichten stark angewachsen. Dabei ist die Metropole aber auch ein Ort extremer sozialer Polarisierung und wirtschaftlicher Gegensätze auf engstem Raum. Hinzu kommen neue Herausforderungen durch die Risiken des Klimawandels. Die Autorinnen und Autoren verschiedener Fachdisziplinen zeichnen ein spannendes und vielschichtiges Bild der Metropole, die durch eine hohe Veränderungsdynamik, aber auch durch viele Brüche gekennzeichnet ist.

Neuerscheinung April 2013

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien – Pazifik Forum Band 14

Besuchen Sie uns im Internet: www.regiospectra.de

Kirche. Sie wurde am 7. Dezember 2012 in der Provinz Negros Occidental in einem katholischen Konvent ohne Haftbefehl und von Soldaten ohne Militäruniform verhaftet.

Im Gegensatz dazu müssen Opfer von Menschenrechtsverletzungen und ihre Angehörigen meist lange warten bis verdächtige TäterInnen verhaftet werden, wenn überhaupt. Im Fall des linken Aktivisten Rene Quirante, der am 1. Oktober 2010 in der Provinz Negros Oriental ermordet wurde, konnten die verdächtigen Täter bereits identifiziert werden. Ein im Jahre 2011 ausgestellter Haftbefehl, wurde nach Berichten der asiatischen Menschenrechtskommission (*Asian Human Rights Commission*, AHRC) jedoch bis heute nicht ausgeführt. Der Verdächtige wurde stattdessen zusammen mit Soldaten der Philippinischen Armee gesehen und scheint keine Verhaftung fürchten zu müssen.

Wie dieses Beispiel zeigt, hängt es von den Zielpersonen und von politischen Interessen ab, ob die Justiz und Polizei ihr Mandat integer und ohne Verzögerungen ausführen. Während verdächtige TäterInnen von Menschenrechtsverletzungen weiter ihre Freiheit genießen können, werden stattdessen diejenigen verfolgt, die dieses Unrecht anprangern.

Die Justiz, die damit beauftragt ist, diese Vergehen gründlich zu ermitteln sowie TäterInnen strafrechtlich zu verfolgen und ordentliche Verfahren zu sichern, ist laut des *Asian Legal Resource Center* (ALRC), durch die Untergrabung von Rechtswegen und Regeln zur Beweisführung selbst an der systematischen Verfolgung von politischen AktivistInnen beteiligt. Gibt der Haftbefehl nicht den Namen der verhafteten Person wieder, so werden die Dokumente entweder angepasst oder die wahre Identität des Häftlings ignoriert.

Die Staatsanwaltschaft – so die AHRC – dient in diesen Fällen nun mehr zur Zweckmäßigkeit als der Sicherung von begründeten Beweisen und hinreichenden Verdachtsmomenten. Stattdessen werden die Klagen häufig auf zweifelhafte, wenn nicht gar erzwungene Zeugenaussagen gestützt.

Während diese Verfahren den betroffenen AktivistInnen fundamentale Rechte verwehren, bleiben RichterInnen sowie StaatsanwältInnen unbestraft und walten weiter ihrer Ämter.

Der Aktivist Romulo Bito-on ist nicht bereit dieses System stillschweigend hinzunehmen und strengte im November 2012 mit der Unterstützung von lokalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen eine Gegenklage gegen den Richter und Staatsanwalt an, die in seine Verhaftung und drei-monatige Inhaftierung involviert waren. Bito-on, ein lokaler Koordinator der linken Partei Makabayan, wurde ebenfalls beschuldigt Mitglied der NPA und als Guerillero an einer Brandstiftung beteiligt gewesen zu sein.

Es bedarf noch vieler solcher Gegenklagen von Seiten der AktivistInnen, um der vorherrschende Straflosigkeit innerhalb der Justiz entgegenzuwirken. Insbesondere im Angesicht der anstehenden Kongresswahlen im Mai 2013, bleiben die öffentliche und politische Beteiligung sowie der Einsatz für Menschenrechte ein gefährliches Unterfangen.

Anmerkung

1. Die Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees Philippines (TFDP) hat 300 Individuen dokumentiert, während die Menschenrechtsallianz KARAPATAN (2012) von 400 Inhaftierten spricht.

163
3,80 EURO • MÄRZ 2013

südlink
DAS NORD-SÜD-MAGAZIN VON INKOTA

Die Macht der Finanzindustrie

Hohe Renditen und schwache Reformen

- ▶ Das Kasino bleibt in Betrieb
- ▶ Ohne Skrupel: Investorklagen gegen Staaten
- ▶ Ein Geschenk für Deutschland – sechzig Jahre Londoner Schuldenabkommen
- ▶ Die Auswirkungen der Eurokrise auf den globalen Süden
- ▶ Mexiko: Im Paradies der Geldwäsche

Bestellung: versand@inkota.de
www.suedlink.de, Probeabo: 2 Ausgaben, 6 Euro